

Dänemark

NIKOLAJ PETERSON

Die dänische Europa-Debatte war sehr stark auf die Regierungskonferenz zur Revision des Maastrichter Vertrages konzentriert. Weitere vieldiskutierte Themen waren die EU-Erweiterung, insbesondere um die Baltischen Staaten, das Schicksal der dänischen Ausnahmeregelungen und die immer wiederkehrende Sorge über den Verbraucherschutz und den Umweltschutz. Im Frühjahr 1997 entstand in Nord-schleswig eine erbitterte Debatte – mit klaren anti-europäischen und anti-deutschen Untertönen – über Pläne für eine grenzüberschreitende „Euroregion Slesvig/Schleswig“, bestehend aus dem Landkreis Sonderjylland, der Stadt Flensburg und zwei Landkreisen in Südschleswig.

Die Regierung von Poul Nyrup Rasmussen – bestehend aus Sozialdemokraten, Sozialliberalen (Radikalen) und Zentrumsdemokraten – reduzierte sich, als die streng pro-europäischen Zentrumsdemokraten um die Jahreswende 1996/97 die Koalition verließen. Die verbleibende Zweiparteien-Koalition regierte jedoch weiter und entwarf kurz darauf einen ambitionierten Zusammenarbeitspakt für den Zeitraum von 1997 bis 2005, dessen wichtigste Ziele eine starke Reduzierung der Arbeitslosigkeit und die totale Tilgung der Auslandsschulden sind.

Dänemark und die Regierungskonferenz

Dänemarks Vorbereitungen für die Regierungskonferenz 1996 wurden stark von der traumatischen Niederlage des Maastricht-Referendums von 1992 beeinflusst. Man war der Meinung, daß die Politiker damals versäumt haben, die Öffentlichkeit ordnungsgemäß zu informieren und daß dies beim nächsten Mal durch eine umfassende öffentliche Debatte vor, während und nach der Regierungskonferenz vermieden werden sollte. Das Ende 1996 veröffentlichte Regierungsprogramm für die IGC 1996¹ stellt die EU-Erweiterung als den Hauptgrund der Regierungskonferenz dar, erklärte die dänischen Ausnahmeregelungen als nicht verhandelbar. Ein offensiver Ansatz wurde vertreten bei Themen wie Beschäftigung, Umwelt, Verbraucherschutz und dem gesamten Komplex Demokratie, Transparenz und „Bürgernähe“ – die dänische Übersetzung für Subsidiarität. In diesen Bereichen strebte die Regierung eine engere Union an. Andererseits vertrat das Regierungsprogramm einen defensiven Ansatz bezüglich der zweiten und dritten Säule des Maastrichter Vertrages sowie bezüglich institutioneller Reformen. Die Regierung stimmte zwar zu, daß eine Erweiterung einige institutionelle Reformen erforderlich machen wird, doch der allgemeine Ansatz war ein eher zurückhaltender.

Dänemarks Politik in der Regierungskonferenz folgte genau dieser vorgegebenen Linie. Dänemark verfaßte konkrete Vorschläge für Beschäftigung, Umwelt,

Transparenz, Betrugsbekämpfung, Verbraucherschutz und Bürgernähe, die auch gute Chancen hatten, in den endgültigen Vertrag aufgenommen zu werden. Die Regierung begrüßte den irischen und den niederländischen Entwurf von Dezember 1996 beziehungsweise März 1997, war jedoch zurückhaltend bezüglich umfangreicher Änderungen in der zweiten Säule, wie zum Beispiel der Einführung von Mehrheitsentscheidungen. Und trotz ihres Zieles einer zügigen Erweiterung der Union stimmte die dänische Regierung nur ungern grundlegenden institutionellen Änderungen zu. Der Idee der Flexibilisierung der Union steht Dänemark mit Skepsis gegenüber, da Dänemark dabei das Risiko eingeht, zurück zu bleiben. Jegliche Verschiebung der Balance zwischen großen und kleinen Mitgliedstaaten – etwa durch eine Neugewichtung der Stimmen – wird ebenfalls abgelehnt. Große Probleme tauchten auch im Bereich Justiz und Inneres auf: Dort berief sich Dänemark auf die Edinburgher Ausnahmeregelungen, um sich der Vergemeinschaftung der dritten Säule zu widersetzen. Im Frühjahr 1997 versuchte man, eine akzeptable Lösung für Dänemark zu erarbeiten, für den Fall, daß Teilbereiche der dritten Säule tatsächlich in den Gemeinschaftspfeiler übergehen. Auch Dänemarks Teilnahme an der Zusammenarbeit im Rahmen des Schengener Abkommens wurde in Frage gestellt.²

Die dänischen Erwartungen an die nordische Zusammenarbeit in der Regierungskonferenz, welche der Regierung die Verhandlungen ihrer vielen schwierigen Fragen hätte erleichtern können, wurden nur teilweise erfüllt. Die nordischen EU-Partner stimmen größtenteils überein in Themen der Erweiterung, der Beschäftigung, der Umwelt oder der Demokratie. Die Kooperation war besonders schwierig in bezug auf die GASP; dazu haben Schweden und Finnland einen gemeinsamen Vorschlag – ironischerweise der einzige gemeinsame nordische Vorschlag in der Konferenz – erarbeitet, der beträchtlich über das hinausgeht, was Dänemark zu akzeptieren bereit war.³

Die innenpolitische Debatte

Neben der Regierungskonferenz 1996 konzentrierte sich die dänische Debatte auf das Schicksal der vier dänischen Ausnahmen vom Maastrichter Vertrag, betreffend die Unionsbürgerschaft, die Teilnahme an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, Maßnahmen mit verteidigungspolitischen Bezügen im Rahmen der WEU sowie die dritte Säule, Justiz und Inneres. Die Position der Regierung war, daß „die dänischen Ausnahmeregelungen vor, während und nach der Konferenz feststehen“, um sie nicht mit dem fast sicheren Referendum zu dem neuen Vertrag durcheinander zu bringen. Diese Ansicht wurde widerwillig von den nicht-sozialistischen Oppositionsparteien akzeptiert, die jedoch eine rasche Aufhebung der Ausnahmeregelungen und Dänemarks Rückkehr zum „harten Kern“ innerhalb der EU bevorzugten.

Eine der vier Ausnahmen war besonders umstritten: das „Nein“ zur Teilnahme an der dritten Stufe der WWU. Dänemark ist aufgrund seiner starken Wirtschaft

eines der Länder, die sich für einen Beitritt zur WWU im Jahr 1999 am besten qualifiziert haben. Es besteht auch von seiten der Wirtschaft und Teilen der Gewerkschaften großes Interesse an einem Beitritt zur WWU und einer gemeinsamen Währung. Wirtschaftsministerin und Vorsitzende der Sozialliberalen, Marianne Jelved, versucht – und erfolgreich, wie es scheint – eine spezielle Vereinbarung auszuhandeln, welche einen geringen Spielraum für Schwankungen zwischen dem Euro und der Krone sicherstellt und Dänemark von den Ländern absetzt, die sich nicht für die WWU qualifizieren. Im April 1997 teilte Premierminister Poul Nyrup Rasmussen (Sozialdemokrat) CNN mit, daß Dänemark auf lange Sicht an einem Beitritt interessiert sei. Er fügte jedoch hinzu, daß Dänemark erst beitreten werde, wenn die Währungsunion erfolgreich verlief. Dies ist die wahrscheinlichste Perspektive für einen dänischen Beitritt zur WWU. Die öffentliche Meinung zu diesem Thema ist in etwa gleich geteilt: gemäß einer kürzlichen Meinungsumfrage sind 41% für die Annahme des Euro, während 49% lieber an der dänischen Ausnahmeregelung festhalten würden.⁴

Das Schicksal der anderen wichtigen Ausnahmeregelung, der Nichtteilnahme an der verteidigungspolitischen Komponente der GASP kombiniert mit dem Beobachterstatus in der WEU, ist nicht so leicht vorherzusagen. Seit dem Ende des Kalten Krieges wurde Dänemark – das eine ziemlich oberflächliche Beziehung zur NATO hatte – sehr aktiv in der Allianz und übernahm die Führung in der Zusammenführung der Baltischen Staaten mit der NATO – mit der Perspektive einer späteren NATO-Mitgliedschaft – durch die Partnerschaft für den Frieden. Dänemark ist ebenfalls sehr stark im früheren Jugoslawien involviert und nun auch – als einziges nordeuropäisches Land – in Albanien. Da Dänemarks Beobachterstatus in der Westeuropäischen Union noch keine großen Unannehmlichkeiten verursacht hat und Dänemark, wann immer es dies wünscht, an WEU-Aktivitäten teilnehmen kann, sind die Chancen einer Veränderung seines Status nur schwer vorherzusagen.⁵ Eine kürzliche Umfrage ergab, daß 50% eine dänische Beteiligung in der europäischen Verteidigungskooperation bevorzugten, während 37% die bestehende Ausnahmeregelung vorziehen;⁶ andere Erhebungen mit anderen Formulierungen zeigen ein gegenteiliges Bild.⁷

Ausblick

Im Frühjahr 1997 drohte die Regierungskonferenz, die dänische Regierung in beträchtliche Schwierigkeiten zu bringen. In der abschließenden Verhandlungsrunde kamen sehr heikle Themen zur Entscheidung, obwohl die Regierungsvertreter offensichtlich ein weniger ehrgeiziges Resultat als ursprünglich vorgesehen erhofften beziehungsweise erwarteten. Während eine bescheidene Vertragsrevision den nationalen Ratifikationsprozeß klar vereinfachen würde, könnte dadurch ebenso der erhoffte EU-Erweiterungsprozeß erschwert werden, und zwar durch Forderungen für eine weitere Regierungskonferenz vor der aktuellen Erweiterung.

Im Mai 1997 wurde der Wahlsieg von „New Labour“ begrüßt, der mit beträchtlichen Hoffnungen verbunden war. Die pro-europäischen Oppositionsführer wiesen darauf hin, daß sich Dänemark nun nicht länger hinter Großbritannien verstecken könne, während die Sozialdemokraten auf die zunehmenden Aussichten für eine Sozialdemokratische Agenda in Europa aufmerksam machten.

Im August 1996 brachte eine Gruppe von Unionsgegnern mit Erfolg einen Fall vor die Gerichte, welcher die Verfassungsmäßigkeit von Dänemarks Unterschrift im Maastrichter Vertrag anzweifelt. Später wurde der Fall erweitert und umfaßte alle Schritte in Richtung der Gründung einer Europäischen Union seit Dänemarks Beitritt im Jahr 1973. Die Gerichtsverhandlungen begannen im Mai 1997 vor dem Landgericht, aber der Fall geht mit Sicherheit nach einer Berufung an das Oberste Gericht. Dies wird jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen; ein endgültiges Urteil wird wahrscheinlich im März/April 1998 verkündet werden. Unabhängig vom Ergebnis wird dies den Zeitplan für die Ratifikation des neuen Unionsvertrages beeinflussen, denn es wird politisch schwierig sein, ein Referendum anzusetzen, bevor die Verfassungsmäßigkeit der bestehenden Mitgliedschaft in der Union nicht rechtlich bestätigt ist. Wenn die Kläger mit ihrer Klage Erfolg haben, wird Dänemarks EU-Mitgliedschaft in großer Gefahr sein.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Nicole Schley, Forschungsgruppe Europa, Centrum für angewandte Politikforschung am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München.

- 1 Vgl. The Danish Government: „Basis for Negotiation; An Open Europe – Intergovernmental Conference 1996“, 11.12.1995.
- 2 Dänemark war dem Schengener Abkommen 1997 beigetreten.
- 3 Vgl. Petersen, Nikolaj: The Nordic Trio and the Future of the EU, in: Edwards, Geoffrey, Alfred Pijpers (eds.): The Politics of Euro-

pean Treaty Reform: The 1996 Intergovernmental Conference and Beyond, London 1997, S. 159-187; vgl. auch Libak, Anna: Nordisk Uraad, in: Weekendavisen v. 14.-20.2.1997.

- 4 Vgl. Berlingske Tidende v. 16.3.1997.
- 5 Ende 1996 beteiligte sich Dänemark nicht an einer EU/WEU-Aktion zur Minensuche im ehemaligen Jugoslawien, da dies gemäß Art. J. 4.2 EUV angenommen worden war.
- 6 Vgl. Berlingske Tidende v. 16.3.1997.
- 7 Vgl. Greens WWU-Analyse v. November 1996.

Weiterführende Literatur

Heurlin, Bertel: Denmark. A new activism in foreign and security policy, in: Hill, Christopher (ed.): The Actors in Europe's Foreign Policy, London 1996, S. 166-185.

Petersen, Nikolaj: In the strategic triangle: Denmark and the European Union, in: Bideleux, Robert, Richard Taylor (eds.): European Inte-

gration and Disintegration. East and West, London 1996, S. 93-110.

Petersen, Nikolaj: The Nordic Countries and the Intergovernmental Conference of 1996, Report for the Nordic Council Conference on European Questions, Copenhagen, 4./5.3.1996.